Resolution der BetriebsrätInnenkonferenz Metallindustrie und Bergbau

Wir, die Beschäftigten der österreichischen Metallindustrie, sind vom bisherigen Verlauf der Kollektivvertragsverhandlungen mit dem Fachverband der Metalltechnischen Industrie (FMTI) enttäuscht. Nach zwischenzeitlich drei Gesprächsrunden liegt ein „Angebot“ des FMTI vor, die Löhne und Gehälter um 1,9 bzw. 2,2 % zu erhöhen. Nach Abzug der Inflationsrate bleibt damit entweder gar nichts oder nur eine minimale Reallohnerhöhung über. **Anerkennung für unsere Arbeit sieht anders aus!**

Unsere rahmenrechtlichen Forderungen werden komplett abgelehnt. Bei der Zulage für die 2. Schicht wurden uns für die nächsten drei Jahre jeweils 11 Cent Erhöhung angeboten und damit wesentlich weniger als von uns gefordert.

Ihrerseits haben die Unternehmer vier Gegenforderungen aufgestellt: Ausdehnung der übertragbaren Zeitsalden beim Zeitkontenmodell, ein längerer Durchrechnungszeitraum für die zulässige durchschnittliche wöchentliche Höchstarbeitszeit, mehr Sonn- und Feiertagsarbeit zulassen sowie die Zusammenlegung der Kollektivverträge der ArbeiterInnen und Angestellten. Die Folgen für unsere KollegInnen wären noch längere Arbeitszeiten, damit weniger Freizeit, mehr Arbeit an Feiertagen und am Wochenende und weniger Geld für Überstunden.

Die Beschäftigten der Metallindustrie haben während der Coronakrise durch Kurzarbeit Einkommensverluste erlitten, viele unserer KollegInnen haben ihre Arbeit verloren. Gleichzeitig haben viele Betriebe weiterhin Gewinne an ihre Eigentümer ausgeschüttet. Jetzt läuft die Wirtschaft wieder auf Hochtouren, die Unternehmen verdienen durch unsere Arbeit enorm viel Geld. Daran wollen wir teilhaben – in Form höherer Löhne und Gehälter und durch bessere Arbeitsbedingungen.

Wir fordern nach wie vor 4,5 % höhere Löhne und Gehälter, wesentlich mehr Geld für Schichtarbeit und Lehrlinge sowie die Umsetzung der von uns eingebrachten rahmenrechtlichen Forderungen. Diese Forderungen richten sich an alle Fachverbände der Metallindustrie innerhalb unserer Vertragsgemeinschaft. Wir verlangen daher einen einheitlichen, alle Fachverbände umfassenden Abschluss.

Sollte dieser Abschluss auch am 21. Oktober nicht zustande kommen, werden wir zwischen 27. und 29. Oktober 2021 Betriebsversammlungen abhalten. Diese werden bis spätestens 21. Oktober einberufen. In diesen Versammlungen werden wir die Kolleginnen und Kollegen über den Verhandlungsstand informieren und Beschlüsse über die Einleitung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen treffen.

Weil ein Danke nicht reicht!